Fachtagung „Privatsphäre – gefangen im Netz der Koordinaten“

Karsten Neumann, Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Sehr geehrte Damen und Herren,

Prof. Rossnagel forderte eine „Allianz zwischen Recht und Technik“¹, um die Herausforderungen der Informatisierung unseres Alltags für das Konzept der informationellen Selbstbestimmung meistern zu können. Zu einer Allianz gehören immer zwei: die Technik, die Mittel und Methoden zur Verfügung stellt und das Recht, das die Bereitschaft zeigt, im Ergebnis einer gesellschaftlichen Debatte über Chancen und Risiken eine Balance zu finden und möglichst klare, zugleich aber auch entwicklungs offene Regeln aufzustellen.

Die Themen, über die heute zu sprechen sein wird, sind technikbestimmt. Die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik schafft ständig neue, ungeahnte Möglichkeiten, Chancen und Herausforderungen. Die Herausforderung durch die Schaffung einer Geodateninfrastruktur stellt hierbei jedoch einen Quantensprung dar.

Durch die Georeferenzierbarkeit von Daten, also die Verknüpfung von Informationen mit einer eindeutig bestimmbarer Positionierung auf der Erdoberfläche, geht der Datenschutz in die dritte Dimension. Diese dritte Dimension schafft zusätzlich eine universelle Verknüpfungsmöglichkeit von Datensammlungen. Die Georeferenzierung wird so zu einer Schnur, auf der eine vorab unbestimmbare Vielzahl von Datensammlungen wie Perlen aufgereiht werden und erst die Zusammenstellung den Wert der Einzelnen völlig neu bestimmt.

Ist es heute schon schwer, abstrakt und allgemein die „Gefährdung“ des informationellen Selbstbestimmungsrechtes durch eine Information zu bestimmen, so wird zukünftig zusätzlich die Gefährdungseinschätzung unter Berücksichtigung der Kombinierbarkeit mit einer unbekannt Anzahl anderer, ebenfalls georeferenzierter Daten eine besondere Herausforderung für die verantwortlichen Stellen darstellen.

¹ Rossnagel, A.: Allianz von Medienrecht und Informationstechnik: Hoffnungen und Herausforderungen, in: ders. (Hrsg.), Allianz von Medienrecht und Informationstechnik?, Baden-Baden, 17-35.

Eine amerikanische Firma bietet einen USB-Stick großen GPS-Empfänger an, der die Route entweder speichert, oder direkt über ein Internetportal grafisch auf einer Straßenkarte darstellt. Dieser TrackstickTM wird zum Preis von 189 Dollar, 249 für den Super TrackstickTM, für die Anwendungen Mitarbeiter- und Fahrzeugmonitoring, Öffentliche Sicherheit, Heimatschutz, Photo Tours und Kinder- und Familiensicherheit angeboten. Praktischer weise gibt es für 19,99 auch gleich eine Magnethalterung dazu, um dieses Gerät beispielsweise unter einem Auto befestigen zu können. Und es hat natürlich ein wasserfestes Design.²

Diebstahlsicherung, Katastrophenschutz und Rettungsdienstes bauen dabei auf die gleiche Infrastruktur auf, wie eher zweifelhafte „Mehrwertdienste“, in denen das Überwachungspotential nicht nur theoretisch denkbar ist. Hier stellt sich also die alte Frage, ob Dr. Jeckyll ohne Mister Hyde denkbar ist. Für die Politik stellt sich die Frage nach der Verantwortung für die „Risiken und Nebenwirkungen“. Wir, die Hersteller der Technik, die Programmierer und Datenlieferanten, die Politiker und Juristen, müssen die Balance finden. Eine Alternative zu dieser gesetzgeberischen Aufgabe gibt es nicht.

Die Versuchung, die Augen vor Gefahr für das informationelle Selbstbestimmungsrecht der Bürgerinnen und Bürger auf dem Wege der Umdefinierung eines personenbezogenen Datums zu verschließen, ist groß. Da wird versucht zu erklären, es seien gar keine personenbezogene Daten oder wenn, dann jedenfalls keine „für die Entfaltung der Persönlichkeit relevanten“. Da wird dem Datenschutzrecht vorgeworfen, auf dem Stand von 1983 stehen geblieben zu sein. Angesichts eines über hundertjährigen Bürgerlichen Gesetzbuch ein absurdes Argument, das die lang gepflegte Mähr von der Technikfeindlichkeit der Datenschützer bedient.

Das dem Datenschutzrecht zugrunde liegende Konzept war und ist technikoffen: Jede Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten ist vom Grundrecht her verboten, es sei denn, ein Gesetz erlaubt es. Das Parlamentsgesetz ist der in einer Demokratie alternativlose Weg, gesellschaftlichen Konsens herzustellen und festzulegen. Auch wenn sich der deutsche Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene dieser Aufgabe seit Jahren entzieht, so kann dieser Zustand jedoch nicht als Rechtfertigung für eine grenzverschiebende Gesetzesauslegung herhalten.

² <http://www.trackstick.com/about/index.html>

Die Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie³ ist beredtes Zeugnis für diese Arbeitsverweigerung. Artikel 13 Abs. 1 Satz 2: „Abweichend von Artikel 11 Absatz 1 können die Mitgliedstaaten den Zugang der Öffentlichkeit zu Geodatenbanken und –diensten ... sowie den Zugang zu den ... genannten Diensten des elektronischen Geschäftsverkehrs beschränken, wenn dieser Zugang nachteilige Auswirkungen hätte auf: ...

f) die Vertraulichkeit personenbezogener Daten und/oder Akten über eine natürliche Person, sofern diese der Bekanntgabe dieser Informationen an die Öffentlichkeit nicht zugestimmt hat und sofern eine derartige Vertraulichkeit nach einzelstaatlichem oder gemeinschaftlichem Recht vorgesehen ist;“

Die Europäische Kommission hat es sich einfach gemacht, indem dem nationalen Gesetzgeber die Möglichkeit eingeräumt wurde, abweichende Regelungen aufgrund nationalen Datenschutzrechtes zuzulassen. Über das vielleicht abweichende europäische Datenschutzrecht muss der Anwender aber auch nachdenken (Erwägungsgrund 24 „Die Bereitstellung von Netzdiensten sollte unter uneingeschränkter Beachtung der Grundsätze des Schutzes personenbezogener Daten nach der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr erfolgen.).

Und so wurde die Herstellung des notwendigen Interessenausgleichs vom europäischen auf den nationalen, von diesem auf den regionalen Landesgesetzgeber abgeschoben. Und dieser – bisher so auch in Mecklenburg-Vorpommern – will nun seinerseits die Abwägung auf die öffentliche Verwaltung und die durch diese beaufsichtigte natürliche oder juristische Personen des Privatrechts abschieben.

Im Referentenentwurf mit Stand vom 7. Mai 2009 für ein Gesetz über das amtliche Vermessungs- und Geoinformationswesen liest sich das in § 35 Abs. 2 Satz 2 unter der Überschrift „Schutz öffentlicher und sonstiger Belange“ wie folgt:

„Soweit

1. durch den Zugang zu Geodaten personenbezogene Daten offenbart und dadurch schutzwürdige Interessen der Betroffenen beeinträchtigt würden ...

ist der Zugang zu beschränken, es sei denn, die Betroffenen haben zugestimmt oder das öffentliche Interesse an dem Zugang überwiegt.

³ RICHTLINIE 2007/2/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 14. März 2007 zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE), Amtsblatt der Europäischen Union L 108/1 vom 25.04.2007

Vor der Entscheidung über die Offenbarung ... sind die Betroffenen anzuhören.“

Und in Abs. 4 heißt es gegenwärtig: „Die Bereitstellung von Geodaten und Geodatendiensten hat insbesondere unter Beachtung der im Landesdatenschutzgesetz und im Bundesdatenschutzgesetz festgelegten Grundsätze des Schutzes personenbezogener Daten zu erfolgen. Die Daten unterliegen den Regelungen des Gesetzes über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte.“

Dieses Abwägungsprogramm ist für die Art der zur Verfügung zu stellenden Datensammlungen in Anbetracht der eingangs erwähnten Rahmenbedingungen für geobasierte Dienste für **keine öffentliche Verwaltung ernsthaft leistbar**.
Über mögliche andere Lösungswege wollen wir heute diskutieren.

Ich freue mich über die große Resonanz auf dieses – nunmehr fünfte Gesprächsangebot im Rahmen meiner jährlichen Fachtagung⁴ - bei Ihnen, den anwesenden Fachleuten aus Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin und anderen Bundesländern, den Kollegen Landesdatenschutzbeauftragten und natürlich bei den Referentinnen und Referenten. Ihre zahlreiche Anwesenheit belegt die Aktualität des Themas ebenso wie den Leidensdruck, unter dem wir bei diesen Themen stehen.

Wir werden von Herrn Maass erfahren, was ein deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt mit personenbezogenen Daten zu tun hat und warum er von Anfang an begeistert von der Idee war, diese Konferenz mit uns gemeinsam auszurichten.

Frau Professorin Lesley Jane Smith wird aus der Sicht einer Weltraumrechtsexpertin sicher für uns alle neue und spannende Regulierungsansätze diskutieren, während Herr Fornefeld die Umsetzung der INSPIRE-Richtlinie als Marktchance beleuchten wird.

Herr Dr. Streuff, im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit federführend für die Umsetzung dieser Richtlinie zuständig, wird versuchen, die Aspekte des Datenschutzes im Geodatenzugangsgesetz des Bundes klarzustellen.

Die Erwartungen und Chancen für das Geobusiness stehen im Mittelpunkt des Vortrages von Herrn Dr. Reichling, für den Geoinformationen der Digitale Rohstoff der Informationsgesellschaft ist, der möglichst schrankenlos der wirtschaftlichen Verwertung zur Verfügung stehen sollte.

⁴ elektronische Dokumentation aller Fachtagungen unter: www.datenschutz-mv.de/navi/dschutz/fachtagungen.html

Und am Ende dieses hoffentlich spannenden und kurzweiligen Tages wird mein Kollege Herr Dr. Thilo Weichert die datenschutzrechtlichen Probleme vorläufig abschließend besprechen.

Abschließend gilt ein besonderer Dank der Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherung e.V. Bonn, die ihre Unterstützung bei der Erstellung eines Tagungsbandes zugesichert hat.